

Unser Eindruck bei der Kreistagssitzung

In den Redebeiträgen wurde mehrfach betont, dass das RROP weit mehr umfasse als nur Windvorrangflächen. Faktisch stand jedoch genau dieses Thema im Mittelpunkt. Grund dafür seien, so der Landrat und die Kreistagsmitglieder, die anhaltenden Bürgerproteste gewesen.

Gleichzeitig wurde eingeräumt, dass das Thema Windkraft über viele Stunden beraten wurde, jedoch ohne echte Gestaltungsspielräume. Die Landesvorgaben ließen nach eigener Aussage keine Reduzierung der Flächen zu. Die Entscheidung sei letztlich eine zwischen geringeren Abständen zur Wohnbebauung oder Eingriffen in den Wald gewesen. Man habe sich für den Wald entschieden. Nicht aus Überzeugung, sondern weil man andernfalls das RROP nicht hätte verabschieden können. Ohne RROP, so die Argumentation, drohe eine unkontrollierte Entwicklung mit Windkraftanlagen „überall“.

Gegen das RROP stimmten AfD und die Basis. Darüber hinaus stimmten Brigitte Mertz (SPD), Maik Peyko (SPD) und Dr. Marco Schulze (CDU) dagegen. Besonders die beiden letztgenannten machten eindrucksvoll deutlich, welche Belastung schon heute durch die bestehende Dichte an Anlagen im Ostkreis besteht und wie sich diese durch das geplante RROP weiter verschärfen wird. Gerade die sachliche Darstellung persönlicher Betroffenheit verlieh ihren Beiträgen besonderes Gewicht.

Enttäuschend war der Beitrag der FDP. Er begann mit dem Bekenntnis zur eigenen Naturverbundenheit, mündete mit einem „ABER“ jedoch in das bekannte Narrativ, der Verlust von Waldflächen sei aus Klimasicht bereits nach kurzer Zeit „kompensiert“. Diese verkürzte Betrachtung blendet die vielfältigen ökologischen Funktionen des Waldes aus. Ein klassisches Beispiel für das Greenwashing, dem viele leider aufsitzen.

Besonders irritierend war der Beitrag der Grünen-Vertreterin Frau Schmidt. Sie erklärte, den Kontakt zu „den Bürgerinitiativen“ abgebrochen zu haben, da sie sich unhöflich behandelt gefühlt habe. Eine pauschale Abwertung aller Initiativen halten wir für unangemessen und der Sache nicht dienlich.

Umso unverständlicher ist dies vor dem Hintergrund persönlicher Gespräche:

Im Oktober vergangenen Jahres hatte Frau Schmidt selbst noch betont, wie wertvoll unsere fachlichen Hinweise für sie gewesen seien. Zudem stellte sie einen möglichen Flächenausgleich mit einem Nachbarlandkreis in Aussicht. Bereits zwei Jahre zuvor hatte die energiepolitische Sprecherin der Grünen im Landtag, Marie Kollenrott, in einem persönlichen Gespräch mit uns erklärt, dass ein Flächentausch zumindest als „Ausnahme im Einzelfall“ denkbar sei. Auf dieser Basis haben wir aktiv den Dialog zwischen beiden vermittelt.

Die Antwort von Frau Kollenrott an uns und Frau Schmidt lautete:

„Überall dort wo es nötig ist, beschäftigen wir uns natürlich mit Einzellösungen. Lassen Sie uns gerne – zu zweit oder zu dritt – in einer VK sprechen. Ein Flächentausch ist nach Gesetz bisher nicht vorgesehen, lassen sie uns trotzdem gerne darüber sprechen.“

Diese Gesprächsbereitschaft wurde jedoch nicht weiterverfolgt. Weitere Nachfragen unsererseits blieben unbeantwortet. Eine ernsthafte Prüfung dieser Option, die realistische Chancen geboten hätte, Waldflächen zu erhalten, ist somit ausgeblieben. Das empfinden wir als große Enttäuschung.

Der Landrat bewertet die Reduzierung der Vorrangflächen von 4,7 % auf 4 % als Erfolg. Angesichts der Tragweite der Eingriffe erscheint diese Einschätzung zumindest fragwürdig. Mit einem vergleichbaren Engagement für den Schutz des Waldes, wie es von Bürgerseite über Jahre hinweg geleistet wurde, wäre aus unserer Sicht deutlich mehr möglich gewesen.

Stattdessen droht nun eine dauerhafte Schädigung unserer Natur. Der Nutzen beschränkt sich im Wesentlichen auf das Erreichen politischer Zielvorgaben und wirtschaftliche Interessen. Ein messbarer Beitrag zum Klimaschutz ist nicht erkennbar.

Darum kämpfen wir jetzt mit Eurer Hilfe weiter um unsere Natur...